

«Der Bund», 22.5.2015

Politisch prägnant heisst oft polemisch

Kein Etikettenschwindel, aber vielleicht Etikettenzauber: Bundesrat Alain Berset machte am letzten Sonntag in Solothurn keinen Hehl daraus, dass er bei seinen Vorlagen auf die Wirkung des Titels achtet. So berichtete er an den Literaturtagen, er habe den ehrgeizigen Begriff «Nationale Kulturpolitik» mit Bedacht gewählt, trotz der Gefahr, Proteste gegen Zentralismus auszulösen. Und von «AHV-Revision» rede er nicht mehr, weil dieser Titel durch Wiederholung und Scheitern belastet sei. Dabei hatten wir ganz naiv gedacht, es heisse jetzt deshalb «Altersvorsorge 2020», weil auch die Pensionskassen angegangen werden.

Nun ist «Altersvorsorge 2020» auch nicht gerade ein verbaler Muntermacher, eher ein Beispiel für die «langue de bois». Der ansonsten deutsch referierende Berset erklärte die hölzerne (Amts-)Sprache mit dem «Sprachzwang», sich zugleich kurz und präzise zu äussern. Das habe seine Tücken, zum Beispiel beim «Impfobligatorium», das so im Gesetz stehe, aber keines sei. Dass eine solche Sprachpanne eine Steilvorlage für die Gegner bedeutet, sagte der Bundesrat nicht, obwohl er festhielt, es sei leicht, mit Slogans ein «Nein» zu erreichen.

«Der Grat zwischen Polemik und Prägnanz ist schmal», warnte Berset; der Umstand, dass sich Provokation oft lohne, bedrohe unsere politische Kultur, die auf Argumentation und Ausgleich beruhe. Als Beispiele für polemische Versuche, die Deutungshoheit über ein Thema an sich zu reißen, nannte er «Heuschrecken», «Scheininvaliden», «Abzocker». Manchmal bremst die Mehrsprachigkeit die Schlagwort-Politik: Weil es keine genau passende Übersetzung gibt, hiess die Initiative gegen Abzockerei auf Französisch «contre les rémunérations abusives» (gegen missbräuchliche Vergütungen).

Ein weiteres (willkommenes) Übersetzungsproblem brachte Bersets Diskussionspartner zur Sprache, der Schriftsteller Lukas Bärfuss: Er fragte, ob es für «Schlepper» ein französisches Pendant gebe. «Passeur», lautete die Antwort, und ein Übersetzer bestätigte, das sei «recht neutral». Bärfuss zieht auf Deutsch «Fluchthelfer» vor. Dieses Wort wirkt positiv – jedenfalls wenn man die Flucht zu uns billigt. Am nächsten beim «passeur» wäre wohl «Schleuser», wie es etwa der deutsche Aussenminister Steinmeier verwendet.

Ein Besucher in Solothurn, der sich als Friese vorstellte, zeigte sich über seinen «Ausländerausweis» befremdet: Man möge doch bitte die Zugewanderten als «Mitbürger» bezeichnen. Das wäre freilich, aufs Bürgerrecht bezogen, erst nach der Einbürgerung korrekt. Vorher verwendet, gehört das Wort ins Kapitel jener Sprachregelungen, mit denen ein politischer Zweck verfolgt wird. Bärfuss, der dem friesischen Mitbürger beipflichtet, setzt sich für die Mitsprache der Abwesenden ein (seien sie von der Einreise oder nur vom Stimmrecht ausgeschlossen oder gar noch nicht geboren). Auch Berset ist für erleichterte Einbürgerung, weist jedoch auf die Hürde der Volksabstimmung hin. Die habe auch bei ungünstigem Ausgang ihr Gutes, siehe «Masseneinwanderung»: So wird über die Stellung der Schweiz in der Welt debattiert.

Dass diese Debatte, gerade im Wahljahr, meist mit grober Klinge geführt wird, liegt auf der Hand. Die Debatte darüber, wie in der Politik geredet wird, wandert von Solothurn nach Bern, von der Literatur zur Sprachpflege: Der Schweizerische Verein für die deutsche Sprache (SVDS) lädt auf 13. Juni zu zwei öffentlichen Referaten mit Diskussion ein ([Bericht](#)). Ständerätin Christine Egerszegi schreibt in der Vorschau: «Zwar fordert man energisch *Klartext*, kündigt aber statt harter Sparmassnahmen eine fade *Haushaltsentlastung* an.» Was sie da anprangert, ist vielleicht ein Beispiel für das, was Barbara Ritschard, Beraterin für Kommunikation, mit ihrem Vortragstitel «Der konkordante Satz» meint.

